



Wie ein Oberbürgermeister aus Abwasser Gold macht und für sein „Haushaltswunder“ nutzt

DOKUMENTATION

HERAUSGEGEBEN VON:
 BÜRGERINITIATIVE FÜR DEN ERHALT ÖFFENTLICHEN EIGENTUMS
 BRAUNSCHWEIG 2006

DER VERKAUF ÖFFENTLICHEN EIGENTUMS AM BEISPIEL DER PRIVATISIERUNG DER ABWASSERWIRTSCHAFT IN BRAUNSCHWEIG

DIE BRAUNSCHWEIGER ABWASSERWIRTSCHAFT – BIS 2005 EIN SOLIDES KOMMUNALES UNTERNEHMEN

Die Braunschweiger Abwasserwirtschaft war bis 2005 ein kommunales Unternehmen mit ca. € 40 Mio. Umsatz und etwa 230 Mitarbeitern, das jahrzehntelang die Entsorgung und Aufbereitung der Braunschweiger Abwässer fachlich gut und laut einer Studie der Unternehmensberatung Kienbaum wirtschaftlich solide durchgeführt hat (*siehe Dokumentation: [Auszug aus dem Kienbaum-Gutachten, „Management Summary“, Seite 5](#)*).

Die Erledigung dieses kommunalen Grundbedürfnisses erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Abwasserverband, einer Anstalt öffentlichen Rechts.



PRIVATISIERUNG DER ABWASSERWIRTSCHAFT

Im Jahr 2005 begannen die Privatisierungsvorbereitungen in Braunschweig. An einem europaweiten Bieterverfahren beteiligte sich der französische multinationale Konzern **Veolia**. Über die Bewertung der Angebote gab es unterschiedliche Auffassungen. Das international tätige Wirtschaftsberatungsunternehmen **KPMG**, das mit der Rechtsanwalts-gesellschaft **Beiten Burkhardt** das Verfahren begleitete, empfahl das Angebot von **Veolia** der Stadt Braunschweig als das vermeintlich „beste“ Angebot zur Annahme (*siehe Dokumentation: [Presseerklärung der Stadt Braunschweig vom 07.11.2005](#)*).

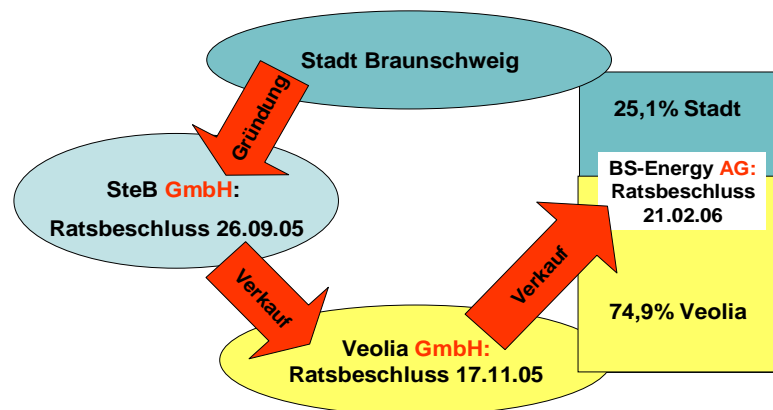
KPMG ist ein international tätiges Wirtschaftsberatungsunternehmen mit 12 Mrd. \$ Umsatz, ca. 9400 Mitarbeitern, tätig in 148 Ländern. Jede nationale KPMG Firma ist eine unabhängige Legaleinheit. Alle Mitgliedsfirmen sind Mitglied von KPMG-International, einer Genossenschaft mit Sitz in Zug in der Schweiz. 2005 war KPMG-International Träger des *public eye awards* auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Dieser Preis wird sozial und ökologisch unverantwortlich handelnden Konzernen verliehen. Mit der Konzeption illegaler Steuersparmodelle verstieß KPMG-International laut Preisverleiher gegen das Gebot unternehmerischer Verantwortung für das Gemeinwohl. Der Konzern hatte Vertretungen in allen 18 Steueroasen, die auf der schwarzen Liste der OECD standen. Im Frühjahr 2006 konnte man in den Wirtschaftszeitungen lesen, dass KPMG-USA in den Staaten „freiwillig“ 495 Mio. \$ gezahlt hat, um Gerichtsverfahren vor US Gerichten wegen illegaler Steuermodelle und Urkunden- sowie Bilanzfälschungen zu entgehen.

In Deutschland ist KPMG-Deutschland ebenfalls vielen geschädigten Anlegern bekannt: z.B. musste dieses Beratungsunternehmen 100 Mio. DM Entschädigung an getäuschte Anleger im Zuge der Flowtex-Pleite zahlen. (*siehe Dokumentation: [„Wer prüft eigentlich die VW-Affäre? KPMG, einer der weltgrößten Wirtschaftsprüfer, legt morgen Ergebnisse vor – Kritik nach Bilanzskandalen“](#), [newsclick.de/Braunschweiger Zeitung vom 10.11.2005](#)*).

KPMG-Deutschland ist die bevorzugte Beratungsfirma des **Braunschweiger Oberbürgermeisters Hoffmann**. Regelmäßig sitzen KPMG-Berater in den Ratssitzungen, nahe dem Oberbürgermeister Hoffmann. Für das Konzept der Privatisierung der Braunschweiger Abwasserwirtschaft wurden Transaktionskosten in einer Gesamthöhe von 3,4 Mill. € bezahlt, davon in erheblichem Umfang Honorare an KPMG und Beiten Burkhardt.

Im Jahr 2003 veräußerte KPMG seinen Rechtsberatungsarm, der in Deutschland unter dem Namen **Beiten Burkhardt** bekannt ist und ebenfalls den Braunschweiger Oberbürgermeister berät.

Die Ausgründung der kommunalen Abwasserwirtschaft in die Rechtsform einer GmbH (Stadtentwässerungs-GmbH) wurde beschlossen und vollzogen (Siehe Dokumentation: [Vorlage zur Ratssitzung am 27.09.2005](#)). Diese GmbH wurde dann sofort an Veolia Wasser Deutschland GmbH verkauft - eine reine Finanzholding zur Ertragsoptimierung ohne eigenes produktives Geschäft (Siehe Dokumentation: [Vorlage zur Ratssitzung am 17.11.2005](#)). Wenige Wochen später wurde die Stadtentwässerungs-GmbH wiederum weiterverkauft: jetzt von Veolia Wasser Deutschland GmbH an die BS-Energy AG – diesmal mit einem Aufschlag von € 500 000! (Siehe Dokumentation: [Vorlage zur Ratssitzung am 21.02.2006](#)) Dieses Karussellgeschäft war eine Konstruktion, um die Befangenheit des Oberbürgermeisters Hoffmann zu umgehen, da der Verkaufsbeschluss im Stadtrat nur mit der Einstimmenmehrheit des Oberbürgermeisters beschlossen wurde. OB Hoffmann war zum Zeitpunkt der Beschlussfassung jedoch befangen. Als Aufsichtsratsvorsitzender des bereits zu 74,9% Veolia gehörenden Betriebes BS-Energy, **musste** der Oberbürgermeister gemäß Aktiengesetz Konzerninteressen vertreten.



So funktionierte das Karussellgeschäft: dreifacher Eigentümerwechsel der Stadtentwässerung innerhalb von fünf Monaten

Damit die Kommunalaufsicht hier kein Veto einlegen konnte, hatte **KPMG** das Karussellgeschäft ersonnen, mit dem Trick, die Stadtentwässerung zunächst an eine Tochterfirma zu verkaufen, in der der Oberbürgermeister keine Funktion ausübte. Der Weiterverkauf war bereits in den ursprünglichen Kaufverträgen vorgesehen.

Veolia ist ein französischer multinationaler Konzern, der aus dem Vivendi Konzern hervorgegangen ist. Der Jahresumsatz liegt bei € 24,7 Mrd., bei einer Verschuldung knapp € 10 Mrd. (31.12.2004, Quelle Geschäftsbericht Veolia Environnement 2004). Der Tochterfirma dieses hoch verschuldeten Konzerns, Veolia Wasser GmbH, hat der Braunschweiger Oberbürgermeister Hoffmann die Braunschweiger Abwasserwirtschaft verkauft. Die Bilanzen des Mutterkonzerns wurden übrigens 2005 von KPMG-International testiert (siehe Dokumentation: [„Bulletin des Annonces Légales Obligatoires“, 30 Septembre 2005, S. 23840](#)), was den Braunschweiger Oberbürgermeister nicht davon abhielt, KPMG als „neutrale“ Beraterfirma für die Stadt zur Privatisierung der Abwasserwirtschaft in Braunschweig an den Konzern Veolia auszuwählen!

Veolia hat schon bei der Privatisierung der Braunschweiger Versorgungs-AG 74,9% Anteilsbesitz erworben und damit das Monopol über die Versorgungsrechte der Braunschweiger mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme.

DAS GESCHÄFTSMODELL: ENTEIGNUNG VON VERMÖGENSWERTEN BRAUNSCHWEIGER BÜRGER

Das Geschäftsmodell für die Privatisierung der Braunschweiger Abwasserwirtschaft basiert auf der Enteignung der Vermögenswerte der Gebührenzahler bzw. der Doppel- und Dreifachbelastung der Braunschweiger.

Zunächst gab der Oberbürgermeister der Presse bekannt, er habe für die Abwasserprivatisierung einen außerordentlich hohen Preis von € 238 Mio. erzielt (*siehe Dokumentation: [Pressemitteilung der Stadt Braunschweig vom 07.11.2005](#)*). Davon flossen lediglich netto € 112 Mio. in den Stadthaushalt. Die Gebührenstabilität wurde für die Dauer von 10 Jahren versprochen, ebenso die Arbeitsplätze der in der Abwasserwirtschaft Beschäftigten. Nach Einsicht in die Privatisierungsverträge entpuppte sich das Geschäftsmodell jedoch nicht als ein Wunder, sondern als ein Betrug an den Gebührenzahlern.

DIE EINZELHEITEN DES PRIVATISIERUNGSGESCHÄFTES

1. Der Konzern **Veolia** zahlte nur € 24 Mio., der Rest des Kaufpreises stammte aus einem Kreditgeschäft mit dem Abwasserverband, der von der Stadt das Nutzungsrecht an den Kanälen für 30 Jahre kauft und dieses **Veolia** kostenlos (!) zur Verfügung stellt. Die Kanäle blieben im Besitz der Stadt. Der Verband änderte für dieses Kreditgeschäft extra seine Satzung. Da der Verband das Geld nicht hatte, half die Stadt dem Verband einen Kredit über € 222 Mio. zu erhalten. So gelang es dem Oberbürgermeister, einen versteckten Kredit zu beschaffen, der im Haushalt nicht auftaucht. Der Kredit wird möglich, indem die Stadt gegenüber den Banken einen Teil der zukünftigen Gebühreneinnahmen über 30 Jahre **forfaitierte** und zwar **mit Einredevorzicht**.

Was heißt forfaitieren mit Einredevorzicht?

Ein Schuldner nimmt einen Kredit bei einer Bank auf zu „kommunalen“ günstigen Bedingungen. Getilgt wird mit verpfändeten Gebühren aus einem Gebührenhaushalt (z. B. Abwasserentsorgung). Einredevorzicht bedeutet, dass unter keinen Bedingungen die Tilgungszahlungen eingestellt werden können. **Forfaitierung ist also eine verdeckte Verschuldung von Gebührenzahlern.**

So muss die Stadt Zahlungen an Veolia auch für den Fall leisten, dass Veolia schlechte oder gar keine Leistungen mehr erbringt z.B. in Folge einer Insolvenz. Diese Forfaitierung ist eine verdeckte Verschuldung von Braunschweiger Gebührenzahlern mit garantiert risikofreien Zinserträgen für die beteiligten Banken. In diesem Fall hat das Kreditgeschäft ein Volumen von über € 200 Mio.! Trotz öffentlicher Nachfrage herrscht bisher Stillschweigen im Rathaus, ob und wenn ja, wohin die banküblichen Provisionen für solche Geschäfte geflossen sind.

2. Damit Veolia keine Eigenmittel einsetzen musste, wurden die € 24 Mio. Kaufpreis für die ausgegründete Stadtentwässerungs-GmbH ebenfalls durch einen Bankkredit seitens der Stadt ermöglicht, indem auch dafür ein Teil der zukünftigen Gebühreneinnahmen forfaitiert wurde.

3. Um die ehrenamtlichen Stadträte zur Zustimmung zu bewegen, verlangte OB Hoffmann von ihnen Vertrauen in die Berater und präsentierte die vertraglich ausgehandelte Gebührenstabilität über 10 Jahre als außerordentlichen Erfolg, den eine kommunale Abwasserwirtschaft nicht erbringen könnte. Auch hierbei verschwieg der OB das Finanzierungsmodell: Nämlich, dass die Gebührenzahler alles selbst zahlen müssen.

Laut Auskunft der Kämmerei verzichtet die Stadt zu Lasten ihrer Bürger auf € 38 Mio. aus dem Privatisierungserlös, um **Veolia** durch Rückstellungen zukünftige Geschäftsrisiken abzunehmen. Denn z.B. Mehrwertsteuererhöhungen und Zinsrisiken sind laut Vertrag nicht auf die Gebühren umlegbar.

4. Wie erfolgt die wundersame Finanzierung zukünftiger Investitionen?

Veolia will zukünftig weniger reparieren und laut Oberbürgermeister das Kanalnetz eher durch großzügige Neuinvestitionen in Ordnung halten. Dafür ist vertraglich vereinbart, dass auch hierfür Banken dem Konzern einen weiteren Kredit über 30 Jahre in Höhe von mindestens € 7,5 Mio. pro Jahr gewähren.

Dieser Kredit wird gegenüber den Banken wiederum durch Forfaitierung von Gebühren der Braunschweiger gesichert und muss nach Ablauf von 30 Jahren mit ca. € 215 Mio. bei den Banken von Gebührenzahlern abgelöst werden (siehe Dokumentation: [Schreiben von OB Hoffmann an die Ratsfraktion der Grünen vom 15.11.2005, S. 3](#) sowie [Schreiben von OB Hoffmann an die Ratsfraktion der SPD vom 12.12.2005, S. 3](#)). Ob die Rückkaufsumme von € 215 Mio. reicht, ist aber fraglich. Auf Anfrage der Bürgerinitiative teilte die Verwaltung mit, dass Veolia in den ersten 5 Monaten dieses Jahres schon € 5,2 Mio. des Kredites für 2006 in Anspruch genommen habe (siehe Dokumentation: [REGJO II/2006, S. 12: „Kein Handelsgut wie jedes andere“ – Interview mit Dr. Lehmann-Grube, Vorstandsvorsitzender von BS-Energy](#). Er spricht dort von etwa 10 Mio. Euro jährlich, die letztlich vom Gebührenzahler finanziert werden). Mit Pressemitteilung vom 28.06.06 spricht BS/Energy sogar von rund 12 Mill. €, die für 2006 vorgesehen sind. Man muss noch lange kein gewitzter Kaufmann sein, um die Konsequenzen eines solchen Vertrages zu verstehen: Wenn man die Wahl hat, entweder mit Eigenkapital zu reparieren oder mit fremdem Geld - das man nicht zurückzahlen muss - neu in die Kanäle zu investieren, so wird man jede Reparatur lieber als Neuinvestition definieren. Wenn man es einem Konzern so leicht macht, auf Kosten der Gebührenzahler neue Kredite für Investitionen aufzunehmen, sind die Folgen für Braunschweigs Bürger unkalkulierbar!

WER GEWINNT, WER VERLIERT BEI DIESEM PRIVATISIERUNGSGESCHÄFT?

Offensichtlich können die Gebührenzahler bei diesem Geschäft nichts gewinnen. Sie haben zu schweigen und zu zahlen. Wo sie protestieren, laufen sie Gefahr, von OB Hoffmann verklagt zu werden, wie zum Beispiel ein Sprecher der Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums. Der Oberbürgermeister ließ sich von der Rechtsanwaltskanzlei Beiten-Burkhardt, einem für **KPMG** tätigen Anwaltsbüro, vertreten. Dem Sprecher der Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums wurde Verleumdung vorgeworfen. Z. Zt. ist das Verfahren in der Berufung.

DIE GEWINNER DIESES GESCHÄFTES ZU LASTEN DER GEBÜHRENAHLER SIND:

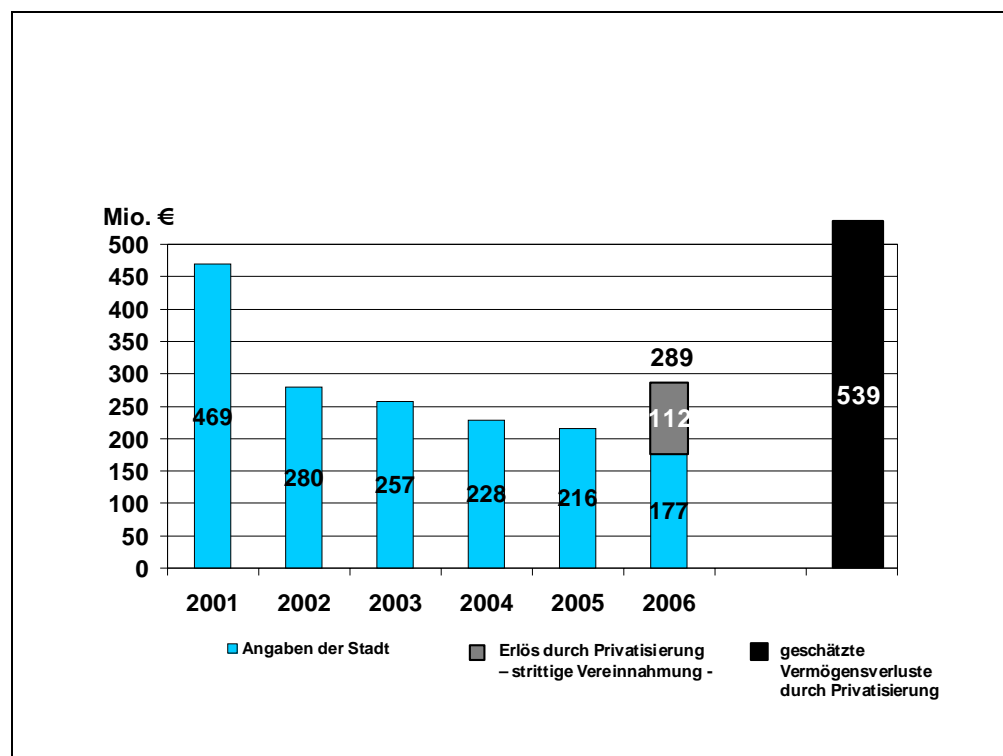
- **Veolia** wegen des viel zu niedrigen Kaufpreises, den mit dem Kauf verbundenen Zugriffsrechten auf Kredite von mehr als 200 Mio. € und dem

Zugriff auf Risikorückstellungen in Höhe von € 38 Mio.. Der Konzern hat durch das alleinige Nutzungsrecht der Kanäle ein Monopol für die Dauer von 30 Jahren und braucht Wettbewerb nicht zu fürchten. Solche Pfründe gibt es in der freien Wirtschaft nicht. Diese Art von Privatisierung ist für Konzerne wie Veolia ein traumhaftes Geschäft. Um diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen, bedarf es aber willfähriger Helfer unter Kommunalpolitikern und trickreicher Berater wie z.B. **KPMG!**

- **KPMG** hat laut eigener Aussage der Stadt € 3.4 Mio. für dieses Geschäft in Rechnung gestellt. Bei einem angenommenen Stundensatz von € 400 entspräche das 8500 Arbeitsstunden bzw. mehr als 4 Arbeitsjahre. Nach Schätzung der Bürgerinitiative hat **KPMG** seit dem Amtsantritt des Oberbürgermeister Hoffmann in Braunschweig ca. € 20 Mio. Berater- und Gutachtenkosten abgerechnet!
- **Oberbürgermeister Hoffmann** verbreitet eine Presseerklärung nach der anderen, in denen er sich seiner haushälterischen Leistungen für Braunschweig rühmt. So kann man natürlich Eindruck in der Wirtschaft für zukünftige Aufgaben hinterlassen.

DIE VERLIERER DIESES GESCHÄFTES SIND DIE BRAUNSCHWEIGER GEBÜHREZZAHLER:

Mit Hilfe von **KPMG**, **Veolia** und dem instrumentalisierten Abwasserverband verschuldete der Oberbürgermeister durch Verpfändungen von Gebühren an Banken die Braunschweiger in Höhe von über € 600 Mio. (€ 222 Mio. plus € 215 Mio. zzgl. Zinsen über 30 Jahre). Ohne Erwähnung dieser Verschuldung stellt er sich als erfolgreicher Haushaltssanierer dar. Eine Bilanzierung von Verkaufserlösen und Vermögensverlusten im Vergleich zur Schuldentilgung wird von OB Hoffmann tunlichst vermieden.



Die Schuldenentwicklung der Stadt Braunschweig und die geschätzten Vermögensverluste in der Ära des OB Hoffmann (Wahl Oktober 2001)

DIE TÄUSCHUNG DER BÜRGER ÜBER IHREN ANSPRUCH AUF DEN PRIVATISIERUNGSERLÖS

Ob Oberbürgermeister Hoffmann den Privatisierungserlös von letztlich € 112 Mio. in den städtischen Haushalt vereinnahmen kann, hängt von der Beantwortung folgender Frage ab: **Wer hat die Kanäle in den letzten 80 Jahren bezahlt?**

Dieser Zeitraum ist wichtig, weil Kanäle 80 Jahre lang abgeschrieben werden und – wie die Stadt selbst erklärte (*Braunschweiger Zeitung vom 17. Juni 2006*) - es bei der Finanzierung der Kanäle eben auf diesen Zeitraum ankomme. Wenn die Herstellungs- und Unterhaltungsinvestitionen von den Gebührenzahlern bezahlt worden sind, so muss ihnen wie bei den Müllgebühren der Privatisierungserlös erstattet werden (*Siehe Dokumentation: Schreiben des Nds. Innenministeriums/ Kommunalaufsicht vom 22.12.2005, S. 3 unten*). Nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz gilt, dass Gebühren nur kostendeckend sein dürfen. Gebühren dürfen auch nicht zur Haushaltssanierung verwendet werden. Durch die Arbeit der Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums wurde bereits aufgedeckt, dass Anlieger in den 1974 eingemeindeten Ortsteilen zuvor ihre Kanäle selbst durch Beiträge bezahlt hatten. Im Dezember 2005 musste der Oberbürgermeister reagieren und € 3 Mio. des Privatisierungserlöses an die Anlieger zurückzahlen. In diesem Zusammenhang behauptet er: „In der Kernstadt gab es nie Kanalbeitragsatzungen“ (*Siehe Dokumentation: BZ v. 30.12.2005*). Am 12. Mai 2006 ließ er in der Ratssitzung auf Anfrage der Bürgerinitiative durch den 1. Stadtrat sogar mitteilen, es habe in den letzten 80 Jahren keine durch Beiträge finanzierten Kanäle in Braunschweig gegeben.

Die Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums hat alle Haushalts- und Wirtschaftspläne der Stadt seit 1900 aufgefunden und ausgewertet. Es konnte nachgewiesen werden, dass von 1923 bis 1945 ausschließlich die Hausbesitzer Beiträge für die Kanäle erbracht hatten und es keinerlei städtische Investitionen gab. (*Siehe Dokumentation: Artikel von Karl Eckhardt: „Kanalgeschichten oder die Verschiebung von Wahrheit ...“ auf: www.unser-braunschweig.de vom 17.06.2006*). Von 1888 bis 1974 galt ein *Statut die Entwässerung betreffend*, das bis 1974 in modifizierter Form gültig war und in § 7 Beiträge der Hausbesitzer für die Kanalinvestitionen in ganz Braunschweig vorschrieb (*genauer Wortlaut des § 7: siehe Dokumentation*).



Die von den Anliegern der eingemeindeten Ortschaften 1974 entschädigungslos übernommenen Kanäle wurden nach den Haushaltsplänen der Stadt mit ca. 50 Mio. DM bewertet. 1997 wurde beschlossen, den Gebührenhaushalt mit 198 Mio. DM zu belasten zur Sanierung des städtischen Haushaltes (*Siehe Dokumentation: [Vorlage zur Ratssitzung am 16.12.1997](#)*). Die Begründung war schon damals mit Hilfe eines Gutachters, die Gebührenzahler müssten der Stadt ihre Investitionen in die Kanäle zurückerstatten. In einer Ratssitzung Anfang 2006 meinte OB Hoffmann dazu, dieser Beschluss sei wohl „in Vergessenheit“ geraten.

So wurden Braunschweiger Gebührenzahler geschröpft:

1974: entschädigungslose Übernahme der Kanäle der eingemeindeten Stadtteile in Höhe von ca. **50 Mio. DM** - Hausbesitzer hatten diese Kanäle selbst bezahlt.

1997: Belastung des Gebührenhaushaltes zur Sanierung des städtischen Haushaltes in Höhe von **198 Mio. DM** laut Ratsbeschluss 22.12.1997 und Malcher-Gutachten (siehe Anlagen)

2006: **€112 Mio.** Privatisierungserlöse werden den Gebührenzahlern vorenthalten – sie hatten die Kanäle zu großen Teilen bezahlt.

2036: **mind. €215 Mio.** Ablöseverpflichtung für den bei den Banken laufenden Kredit zur Finanzierung der Neuinvestitionen.

Die Privatisierung 2006 ist also nicht nur eine entschädigungslose Enteignung von Vermögenswerten Braunschweiger Bürger, sondern darüber hinaus noch die verantwortungslose Verschuldung einer ganzen Generation zukünftiger Gebührenzahler. Da die Verantwortlichen mit Name und Anschrift bekannt sind, ist Rechenschaft und Schadenersatz zu fordern. Die Tatbestände liegen mit dieser Broschüre auf dem Tisch!



DOKUMENTE

- *Auszug aus dem Kienbaum-Gutachten, „Management Summary“, Seite 5*
 - *Presseerklärung der Stadt Braunschweig vom 07.11.2005*
- *„Wer prüft eigentlich die VW-Affäre? KPMG, einer der weltgrößten Wirtschaftsprüfer, legt morgen Ergebnisse vor – Kritik nach Bilanzskandalen“, newsclick.de/BZ vom 10.11.2005*
 - *Vorlage FB Finanzen vom 01.09.05 zur Ratssitzung am 27.09.2005*
 - *Vorlage FB Finanzen vom 07.11.05 zur Ratssitzung am 17.11.2005*
 - *Vorlage FB Finanzen vom 02.02.06 zur Ratssitzung am 21.02.2006*
 - *„Bulletin des Annonces Légales Obligatoires“, 30 Septembre 2005, S. 23840*
 - *Schreiben von OB Hoffmann an die Ratsfraktion der Grünen vom 15.11.2005, S. 3*
 - *Schreiben von OB Hoffmann an die Ratsfraktion der SPD vom 12.12.2005, S. 3*
- *REGJO II/2006, S. 12: „Kein Handelsgut wie jedes andere“ – Interview mit Dr. Lehmann-Grube, Vorstandsvorsitzender von BS-Energy.*
 - *Schreiben des Nds. Innenministeriums/ Kommunalaufsicht vom 22.12.2005, S. 3 unten*
- *„Abwassergeschäft ist privatisiert“ von Ralph-Herbert Meyer, newsclick bzw. BZ v. 30.12.2005*
 - *Artikel von Karl Eckhardt: „Kanalgeschichten oder die Verschiebung von Wahrheit ...“ auf: www.unser-braunschweig.de vom 17.06.2006*
 - *§ 7 des „Statuts die Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend“, Braunschweig 1888*
 - *Vorlage der Stadtkämmerei vom 14.11.1997 zur Ratssitzung am 16.12.1997*

Die BöE (Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums) empfiehlt zur Kommunalwahl am 10. September 2006:

**„Gemeinwohl erhalten,
Hoffmann stoppen,
BIBS wählen“**



**„Tolle Arbeit! Sehr gut gegliederte
und übersichtliche Darstellung des
Braunschweiger Privatisierungs-
wahnsinns.“**

Dr. Holger Pump-Uhlmann

Herausgeber: Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums, Braunschweig 2006

Kontakt: buergerinitiative-braunschweig@web.de

Spendenkonto: Empfänger: BöE , Konto: 4144077, Deutsche Bank, BLZ 270 700 24

V.i.S.d.P: Achim Kleppe ■ Kurzekampstraße 14a ■ 38104 Braunschweig

Weitere Informationen finden sie unter: www.unser-braunschweig.de